

Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Erschenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lümbach, Lugen, Mohorn, Münzig, Neukirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothenberg mit Perne, Sachsdorf, Schmedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seelitz, Spechtshausen, Taubenheim, Untersdorf, Weißtroy, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf. durch die Post bezogen 1 M. 54 Pf. Insertionspreis 15 Pf. pro vierseitigem Corpuszeile.

Insertate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro vierseitige Corpuszeile.

Druß und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger dient.

No. 65.

Sonnabend, den 7. Juni 1902.

61. Jahrg.

Die diesjährige Aushebung im Aushebungsbereiche Nossen wird am 7., 8., 9. und 10. Juli täglich von Vormittags 8½ Uhr an im Gastro zum „Deutschen Haus“ in Nossen stattfinden.

Zur Vorstellung kommen:

die als täglich zur Aushebung,
die zur Ersatz-Reserve und
die zu dem Landsturm 1. Aufgebots
in Vorschlag gebracht, sowie
die als dauernd untauglich auszumustrenden Militärsichtigen.

Den vorzustellenden Mannschaften werden von hier aus durch die Ortsbehörden besondere Gestellungs-Ordres zugehen, es werden dieselben aber hierdurch noch besonders angewiesen, sich zu Vermeldung der sie bei ihrem Musterschein nach § 26² und § 66² der Behördenordnung treffenden Strafen und Nachtheile zur bestimmten Zeit an dem angegebenen Orte pünktlich, übrigens in reinlichem, nüchternem Zustande einzufinden. Ferner haben die Gestellungspflichtigen zu Vermeldung von Geld- und event. Haftstrafe den Losungs-Schein und die Ordre mit zur Stelle zu bringen, im Aushebungstermine selbst aber sich ruhig zu verhalten und den Anordnungen der Ersatz-Behörde und deren Organe unweigerlich Folge zu leisten.

Gleichzeitig werden die Stadträthe von Nossen und Lommatzsch, sowie die Herren Bürgermeister von Wilsdruff und Siebenlehn und die Herren Gemeindevorstände der zum Nossener Aushebungsbereiche gehörigen Ortschaften veranlaßt, zu den anberaumten Aushebungsterminen sich mit einzufinden, bzw. einen geeigneten Vertreter abzuordnen.

Ferner haben die genannten Ortsbehörden den eintretenden Zugang und Bezug von Gestellungspflichtigen unter Beifügung der erforderlichen Stammlisten-Nachträge und Losungs-Scheine ungesäumt anhänger anzuseigen.

Meissen, am 2. Juni 1902.

Der Civil-Vorsitzende der Königlichen Ersatz-Kommission des Aushebungsbereiches Nossen.

J. A:

Dr. von Bredius, Bez.-Aß.

G.

Herr Thierarzt Max Bischank aus Wilsdruff

ist heute als stellvertretender Fleischbeschauer für die Stadtgemeinde Wilsdruff und als weiterer wissenschaftlicher Fleischbeschauer für die im Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff gelegenen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke mit Ausnahme von Neukirchen hier in Pflicht genommen worden.

Meissen, am 31. Mai 1902.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. A:

Dr. von Bredius, Bez.-Aß.

Schr.

Zur inneren Lage.

Am Horizonte der inneren deutschen Politik beginnen sich gerade zum Zeitpunkte, da die Verhandlungen im Reichstag und im preußischen Landtag in ihren letzten Abschnitten eingetreten sind, wieder kritische Wölfe zu zeigen. Und wiederum ist es vor allem die Zolltarifffrage, welche den Schatten einer inneren Krise heraufbeschworen hat, die scharfe Absage, welche der Reichsantritt und Ministerpräsident Graf Bülow neulich im preußischen Abgeordnetenhaus dem Verlangen der Agrarpartei, die preußische Regierung solle im Bundesrat auf eine Erhöhung der Getreidezölle über die Zolltariffvorlage hinaus hinwirken, hat zu Theil werden lassen, beleuchtet genugl. die erneut hervortretende Spannung zwischen der Regierung und den Verfechtern der extrem-agrarischen Forderungen. Zur agrarischen Lager ist man natürlich ungemein verstimmt über diese ablehnende Stellungnahme des ersten Vertreters der Reichs- und preußischen Regierung gegenüber den Getreidezollforderungen der Agrarier. Dies beweisen die heftigen Ausfälle der leitenden Preßorgane der letzteren politischen Richtung gegen die Regierung und gegen den Grafen Bülow persönlich schon genugsam. Auch ist ja in der Debatte, welche sich im Abgeordnetenhaus an die erwähnten Erklärungen des Grafen Bülow anknüpfte, von den Rednern der Rechten eine recht scharfe oppositionelle Sprache geführt worden, namentlich vom Abgeordneten v. Wangenheim, einem der Haupter des Bundes der Landwirthe, der gecadezu ein Misstrauensvotum gegenüber der Regierung aussprach und die innere Situation als „außerordentlich ernst“ charakterisierte. Ob sie dies nun wirklich ist, das kann noch dahingestellt bleiben. Aber zweifellos sieht die innere politische Tageslage eben wegen der erneut

hervortretenden Verstimmung zwischen der Regierung und der Agrarpartei mindestens nicht mehr heiter aus, und Niemand vermag mit Bestimmtheit zu sagen, wie sich die gährenden Dinge noch klären werden.

Regierungsetätig fährt man einstweilen fort, Mut und Entschlossenheit zu zeigen, wenigstens mit Worten. Die hochoffiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ haben der conservativen-clericalen Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses wegen ihres Vorstoßes in der Zolltarifangelegenheit rasch und mit bemerkenswerther Schärfe den Text gelezen, wobei das Berliner Regierungssorgan schlieglich an die agrarische Mehrheit des Reichstages appellirt, sie möge dafür sorgen, daß nun baldigst ein Rückzug auf die Vorstöße der verbündeten Regierungen betreffs der künftigen Landwirtschaftszölle erfolge; zulegt lehnt das Blatt jede Verantwortlichkeit der Regierung für ein etwaiges Scheitern der Zolltariffvorlage ab. Eine weitere Neuzeugung von offiziößer Berliner Seite, die sich in der „Südd. Reichscorresp.“ vorfindet und von welcher vielfach geglaubt wird, daß sie vom Grafen Bülow direkt veranlaßt worden sei, beschäftigt sich mit dem Schidhal der neuen Zuckersteuervorlage im Reichstag, und behandelt hierbei ganz offen das Krisenthema. Energisch wird da bestritten, daß der jegliche leitende Staatsmann des Reiches und Preußens „conflictus“ sei und den Grundzah für seine innere Politik aufgestellt habe, es müßten Krisen unter jeder Bedingung vermieden werden. In ihrem Kernpunkte betont die Auslassung in der „Südd. Corresp.“, daß die verbündeten Regierungen nunmehr in eine Beratung der parlamentarischen Entschuldigung betreffs der Novelle zum Zuckersteuergesetz einwilligen könnten, sie spricht sogar direkt davon, daß ein Hinauszögern dieser Angelegenheit bis zum nächsten Herbst von folgeschwerer Bedeutung werden würde, und läßt durchblicken, daß man

an leitender Stelle die Augen keineswegs gegen eine mögliche ernstliche Gestaltung der Lage verschließe.

Dennach würde es nicht nur in der Frage der Zolltarifreform, sondern auch in jener der Abänderung unserer Zuckerteuergesetzgebung trübeln, zumal ein innerer Zusammenhang der agrarischen Apposition gegen die Regierung in beiden gesetzgeberischen Problemen unverkennbar ist. Vielleicht meint man es nun weder auf der Regierungssseite, noch im agrarischen Lager so arg tödlich, vielleicht sind es nur blinde Schläge, die man auf den Gegner abfeiert, und hofft insgeheim auf eine schließliche Verständigung. Aber doch bleibt die Lage vorläufig unerquicklich genug, und auch wenn nächstens das neue Zuckerteuergesetz trotz allem zu Stande kommen sollte, so würde doch das Problem der Zolltarifreform bei der eintretenden Sommerverlängerung des Reichstages noch immer ungelöst zurückbleiben. Freilich kann auch die Entscheidung zunächst in der Zolltarifkommission nicht gut übers Knie gebrochen werden, die erste Leistung des getannten Zolltarifentwurfes mit seinen ca. 1000 Positionen ist nun einmal völlig durchzuhäuseln, ehe die Kommission in die zweite Lesung eintreten und hierbei ihre Entscheidung über die landwirtschaftlichen Zölle fällen kann.

Politische Rundschau.

Der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Donnerstag an der Spize einer glänzenden Festversammlung der feierlichen Einweihung der prächtig restaurirten Kapelle des Schlosses Marienburg, des alten stolzen Sitzes des Johanniterordens, und den hiermit verbundenen Ordensfestlichkeiten bei. Von Marienburg aus haben sich dann die Majestäten zu einem kurzen Aufenthalt nach Cadinen, der westpreußischen Sitzung des Kaisers, weitergegeben.